



Stockhofe aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Internationale Grüne Woche hat in den letzten 10 Tagen in Berlin wieder die neuesten Trends aus Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau vorgestellt. Als Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft habe ich mir auf vielen Rundgängen und in vielen Einzelgesprächen ein Bild machen können. Neben selbstfahrenden High-Tech-Landmaschinen, Melkrobotern, Düngedrohnen und leckeren Speisen darf man jedoch die Probleme vieler Landwirte nicht übersehen: Viele Höfe stehen vor dem Aus und die Politik muss mit Millionen-Hilfspaketen einspringen. Bis Ende 2017 stehen den deutschen Bauern insgesamt 581 Millionen Euro zur Verfügung.

Aber auch der gesellschaftliche Druck macht den Landwirten schwer zu schaffen: Insbesondere die GRÜNEN –unterstützt von Lobbyistenvereinen- ignorieren konsequent wissenschaftliche und fachliche Erkenntnisse und tragen mit ihren einseitigen Debatten dazu bei, dass diverse Schreckgespenste in den Köpfen der Verbraucherinnen und Verbraucher herumgeistern. Beispielsweise bei der Gentechnik ignorieren die GRÜNEN konsequent, dass noch kein einziger Mensch, kein Tier und auch nicht die Umwelt jemals durch gentechnisch veränderte Pflanzen zu Schaden gekommen sind. Dies wurde bei einer Öffentlichen Anhörung in der vergangenen Woche im Bundestag nochmal bestätigt. Deutsche Forscher flüchten vor dieser Politik ins Ausland, später müssen wir deren Erfolge dann aus dem Ausland wieder teuer einkaufen. Die GRÜNEN arbeiten auch mit der Unsicherheiten und Ängsten der Menschen, indem Sie in jeder Darstellung möglichst viele negativ besetzte Wörter benutzen: Pestizide (das Wort Pest ist seit jeher negativ besetzt) statt Pflanzenschutzmittel, Agroindustrie anstatt vor- und nachgelagerter Bereich der Landwirtschaft. Ein weiterer „Lieblingsausdruck“ ist die Massentierhaltung, ein Begriff, der niemals eine Definition erhalten hat. Damit helfen wir unseren Bauern nicht! Vielmehr müssen wir alle ihnen dankbar sein, dass sie für den Verbraucher in Deutschland die gesündesten Lebensmittel weltweit erzeugen, die zudem schmackhaft und preiswert sind. Dies muss meiner Meinung nach viel stärker honoriert werden.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

Deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung

Der Jahreswirtschaftsbericht 2017 listet die wirtschaftspolitischen Reformen der Bundesregierung auf und enthält ihre aktuelle Projektion zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017. Auch der letzte Jahreswirtschaftsbericht dieser Wahlperiode bestätigt die stabil positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Beschäftigung auf einem Höchststand. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird nach Erwartung der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt noch einmal um etwa 50.000 Personen zurückgehen. Die Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse. Das ist unsere Politik des Wohlstands für alle. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent.

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung. Aber wir lehnen uns nicht zurück. In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken.

Ein großes Anliegen ist uns, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. Das Geld muss schneller in die Straße, ins Breitband und in die Kindergärten kommen. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen. Dies bestärkt uns darin, den Haushaltsüberschuss 2016 aus Gründen der Generationengerechtigkeit jetzt zur Tilgung von Schulden zu verwenden. Der Bericht bestärkt uns darin, unsere erfolgreiche Politik wie oben dargestellt fortzusetzen, um Wohlstand für alle möglich zu machen.

Technik für unsere Sicherheit nutzen

In erster Lesung haben wir Neuregelungen im Bundespolizeigesetz beraten, um die von Bundesinnenminister de Maizière gemachten Vorschläge zur Erhöhung der inneren Sicherheit zu realisieren. Der terroristische Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und die jüngsten Gewaltexzesse in Berliner U-Bahnhöfen haben gezeigt, dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Nicht nur dient der Einsatz dieser Technik der Verfolgung von Straftätern. Videoüberwachung wirkt insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend, denn auf gestochen scharfe Bilder „in flagranti“ sind wenige Täter scharf.

Dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin weiterhin gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung sperrt, ist nicht nachvollziehbar – zumal Täter erst jüngst innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung von Bildsequenzen identifiziert werden konnten. Im Bund tun wir alles dafür, um die Videoüberwachung an sensiblen Punkten zu stärken. Mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz soll der Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten erleichtert werden.

Darüber hinaus wollen wir der Bundespolizei den Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme ermöglichen, um besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Auch wollen wir durch Technik unsere Polizisten besser schützen. Deshalb schaffen wir die Voraussetzung zum Einsatz körpernah getragener Kameras, sogenannter Bodycams. Die kleinen Geräte sind geeignet, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und zugleich Straf- und Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen zu können. Mit dem Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme sowie der Befugnis zur

Aufzeichnung von eingehenden Telefonaten in Einsatzleitstellen stärken wir polizeiliche Befugnisse. Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, dürfen nicht in das Bundesgebiet und damit den Schengenraum einreisen. Hierfür wollen wir klarstellen, dass personenbezogene Daten zum Zwecke der Ausschreibung zur Einreiseverweigerung in das Schengener Informationssystem über das polizeiliche Informationssystem (INPOL-Bestand) eingegeben werden dürfen.

Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken – Nationale Wirkstoffoffensive starten

Um der wachsenden Zahl von resistenten Krankheitserregern zu begegnen, braucht es leistungsfähige und innovative Wege der Arzneimittelforschung und -entwicklung. Im Zentrum unseres Antrags stehen deshalb die Förderung der Grundlagen- und klinischen Forschung im Bereich der Antiinfektiva sowie die Unterstützung produktorientierter Projekte. Dies dient der Entwicklung neuartiger Wirkstoffkandidaten, um Infektionskrankheiten künftig noch wirksamer bekämpfen zu können.

Meine Termine vor Ort

27.01.2017, 18.30 Uhr	Grünkohlessen OV Haltern-Mitte
28.01.2017, 14.00 Uhr	Jahreshauptversammlung Landfrauen
29.01.2017, 11.00 Uhr	Jahresempfang CDU Oer-Erkenschwick
31.01.2017, 10.00 Uhr	Eröffnungsfeier Jagd und Hund, Dortmund
01.02.2017, 18.30 Uhr	Veranstaltung „Bienen“, CDU Marl
02.02.2017, 11.00 Uhr	Ortstermin mit Petitionsausschuss „Lärmschutz in Marl“
02.02.2017, 19.30 Uhr	Veranstaltung Ortsumgehung Alt-Marl, A 52/A43
03.02.2017, 10.00 Uhr	Bürgersprechstunde Oer-Erkenschwick
03.02.2017, 19.00 Uhr	Grünkohlessen Datteln Ahsen
04.02.2017, 10.30 Uhr	Bezirksdelegiertentag Frauen Union Ruhr
06.02.2017, 20.00 Uhr	Vortrag beim Verein ehemaliger Landwirtschaftsschulabsolventen
08.02.2017, 10.00 Uhr	Senioren Union Datteln
09.02.2017, 18.00 Uhr	Vorsitzendenkonferenz Frauen Union NRW
10.02.2017, 11.00 Uhr	Unternehmer des Jahres, Gelsenwasser
11./12.02.2017	Bundesversammlung anlässlich der Wahl des neuen Bundespräsidenten